



Berichte und Kommentare

1/2012

- **Twitter, Facebook und die Demokratie**
- **Generation 2012 - noch Chancen?**
- **Interview mit dem Landesbischof**

Arbeitskreis Evangelische Erneuerung

2 Inhalt

Martin Kleineidam: Editorial	3
Das Thema „Demokratie in der Twitter-Generation“	
Martin Kleineidam: Wählen gehen - aber warum ? Einführung ins Thema der Jahrestagung 2011	5
Petra Steinberger: Von Stuttgart 21 zum Tahirplatz und zurück Zusammenfassung des Referats bei der Regionalgruppe Nürnberg	6
Hans-Gerhard Koch: „Post-Demokratie“	9
Christine Wolf: Jahrestagung ohne Referentin, aber mit Niveau: Zusammenfassung der Diskussion	11
Lutz Taubert: Bürgerbeteiligung online – auch in der Kirche ?	13
Stefan Kern: Mit meiner Gemeinde befreundet ? Kirche und facebook	15
Aktuelles	
Hermann Thoma: Durchschlagend und nachhaltig schädlich - Uran-Munition	17
Hundert Tage Landesbischof - Interview mit Heinrich Bedford-Strohm	19
Hartmut Brunner: Wie wäre es, wenn ... Ein Vorblick auf das Thema der Frühjahrssynode „Jugend und Schule“	22
Johannes Herold: Bericht aus Israel	24
Martin Kleineidam: Für eine Kultur des Lebens - Studententag des LT	26
AEE-intern	
Christine Wolf: Die Mitgliederversammlung 2011	28
Auf ein Neues: Neu im Leitenden Team	29
Kristina Reichert und Christine Wolf: Neue Regionalgruppe in Würzburg Aus den Regionalgruppen Bayreuth, München und Nürnberg	30
Hans-Gerhard Koch: Höherer AEE-Beitrag - warum?	30
Wer,was, wo: Adressen und Impressum	31
Lutz Taubert: Das Letzte	32

Editorial von Martin Kleineidam

Zukunft ist ein wunderbares Land. So malen sich Kinder ihre Zukunft mit Bäumen, Sonne, Schmetterlingen und sie sind mitten drin. Jugendliche sehen oftmals schwarz, leben aber trotzdem gern. Doch was ist mit uns Erwachsenen?

Zukunft und Freiheit, die in ihr schlummert, sind gefährdet. Das wissen wir. Aber es gibt auch Weg in dieses farbenfrohe Land. Erfahrene PädagogInnen erzählen davon: Emil Brunner schlägt eine Bresche für die Teilnahmegerechtigkeit. Ursula Reitemeyer-Witt ermutigt junge Menschen, sich ihren eigenen Bildungsweg zu bahnen. Ingrid Schoberth steckt empathische Lebens- und Zukunftsräume ab und Rainer Brandt baut im Reich des Morgen an einer Kirche auf Seiten der Kinder.

Die zehn Quellen des Aufbruchs, zeigen aber auch, dass Zukunft ein hart umkämpftes Feld ist, das geistlich bes(ch/t)ritten werden will.

Im zweiten Teil dieser Ausgabe kann man sehen, wie Zukunft sich unterschiedlich Bahn brechen will. Da

äußern sich Susanne Breit-Keßler und Heinrich Bedford-Strohm zu den Zehn Quellen des Aufbruchs. Ulrich Willmer feilt an einem Holzweg, der sich im Blick auf die Wahl des Bischofs/der Bischöfin auftut. Die Erklärung des AEE zur Diskussion über homosexuelle Paare im Pfarramt muss sich mit Fluchtwegen in dunkle Vergangenheit auseinandersetzen. Kristina Reichert berichtet u. a. diesbezüglich von der Landessynode und Gerhard Monninger reflektiert getrennte Wege in die Zukunft.

Am Ende des Heftes finden Sie einige Berichte aus dem Leitenden Team über alternative Wege entgegen der Diktatur des Eigentums, über Proteste in London und Widerstand gegen Kernenergie in Deutschland und zu guter Letzt über den aee intern.

Große Veränderungen sind weltweit zu beobachten - ob in Stuttgart oder Tunesien. Im Alltag indessen droht Resignation vor der Zukunft, wo man alles auf einmal ändern will oder an alten Gewohnheiten hängt. Kleine Schritte – so lehrt die Psychologie – helfen Aufbrüche zu wagen. So habe ich mir letztes Jahr vorgenommen, Neukunde eines Energielieferanten zu werden, der auf regenerativer Basis

arbeitet. Dieses Jahr werde ich meinen Kontowechsel vollziehen von einer inzwischen stark privatisierten hin zu einer Genossenschaftsbank. Mut macht der kämpferische Psalm 18: „Du gibst meinen Schritten weiten Raum.“ (V.37) Es ist ein Land der Gerechtigkeit, das sich vor meinen Füßen auftun will und für das es sich in der Liebe zu streiten lohnt. Ich wünsche Ihnen mit diesem Heft kleine aber fröhliche Aufbrüche – privat und dienstlich.

Ihr
Martin Kleineidam,
Sprecher des aee

Foto: Gelenius



Martin Kleineidam: Wählen gehen - aber warum ? Einführung ins Thema der Jahrestagung 2011

Es war das Jahr 2000. Die Wahlbeteiligung bei der Kirchenvorstandswahl betrug 17,8 Prozent (zum Vergleich 2006: 18,3%; bei der Bundestagswahl 2009: 70,8%). In einer Gesellschaft bedeutet eine niedrige Wahlbeteiligung, dass sich Menschen nicht verstanden oder gar hintergangen fühlen. *"Menschen gehen dann wählen, wenn die Bindung an die gemeinschaftlichen Institutionen beständig sind"*, so Michael Eilfort, Leiter der wirtschaftspolitischen Expertenkommission bei der "Stiftung Marktwirtschaft" in Berlin. Kirche und Internetgemeinde haben also ein Beziehungsproblem, abzulesen an der mangelnden Wahlbeteiligung.

Freilich, man kann alles beim alten lassen, doch dann isoliert man sich weiter; wird letztlich zur kuriosen Witzfigur: überkommen und verschroben. Aber das eigentlich Schlimme ist, man nimmt die Ohnmachtserfahrungen und Entfremdungen der Entmachteten, der im Halbwissen Gehaltene, der Übergangenen nicht ernst. Daraus entstehen dann die Legitimationsprobleme von demokratischen Systemen: Langsam sickert z. B. durch, dass wieder Banken mit einem **M i l l i a r d e n s c h i r m**



gerettet werden sollen. Bislang machte man uns glauben, dass Griechenland geholfen werde. Mit der Wahrheit, die scheinbarweise präsentiert wird, bringt man immer mehr Menschen auf die Straße aber nicht an die Urne. Das Misstrauen gegenüber Politik und Ökonomie wächst. Wer sind die eigentlichen Gewinner? Es gibt also hinsichtlich der Legitimation viel zu tun. Im Schweizer Kanton Appenzell galt früher der Säbel als Stimmausweis. Heute legen wir Pass und Wahrschein vor. Morgen wird es vielleicht per Zertifikat gehen, wie bei der Einkommenssteuererklärung. Kirche muss hier mutig neue Wege

voran gehen. Die allgemein mögliche Briefwahl ist ein erster Schritt. Stellen Sie sich einmal vor, wir müssen im Dezember 2012 bei Schnee und kat-

tem Regen nicht in ein Gemeindehaus pilgern, sondern könnten unsere Wahl ganz in Ruhe von zu Hause aus treffen. Freilich entstehen da Probleme, wie beim Geheimniswahlrecht.

Aber sind 18,3% Wahlbeteiligung nicht ein viel größeres Problem der Legitimation? Internetgemeinde und Kirche müssen sich näher kommen, um die demokratischen Kräfte in Kirche und Gesellschaft zu stärken. Dazu dient die Tagung Demokratie in der Twitter-Generation – Umwälzungen zwischen Stuttgart 21 und dem Tahirplatz.

Petra Steinberger: Von Stuttgart 21 zum Tahirplatz und zurück

Unter diesem Titel hat Petra Steinberger von der „Süddeutschen am Wochenende“ nach der Terminpanne auf der Jahrestagung vier Wochen später dann bei der RG Nürnberg dann doch noch referiert.

Da wir bis dato das versprochene Vortragsmanuskript nicht vorliegen haben, hier ein zusammenfassender Bericht über den Vortrag und die folgende Diskussion.

1. Von der „Fernsehrevolution“ der 70er Jahre zur „Social Media Revolution“ des 21. Jahrhunderts

Es gab schon öfter Entwicklungen in Kommunikationssektor, die die Welt veränderten. Buchdruck, Telefon, Rundfunk und Fernsehen haben alle als Minderheitsprogramm begonnen, sind dann Allgemeingut geworden

und haben Politik und Gesellschaft nachhaltig verändert. Die Social Media von heute sind nichts anderes. Was an ihnen neu ist ihre Schnelligkeit, ihre Fluidität und die



schiere Menge an Menschen und Informationen.

2. Es sind die Jungen

Die „Empörten“ in Spanien, die Aufstände in London, occupy

wallstreet sind Aufstände der Jungen. Die haben auch allen Grund dazu (Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei 42 %) und überdies auch Zeit genug.

3. Die „Boomer“ sind an allem schuld. Die Jungen erleben die „Babyboom-Generation“, die nach 1960 geboren ist, ganz anders, als diese sich selbst erlebt. Sie erleben sie nicht sozial, sondern neoliberal, nicht als Gutmenschen, sondern als ziemlich selbstsüchtig, nicht als modern,



sondern als veränderungsresistent. Und sie erleben sie als die, die die Macht haben und alle Positionen besetzen.

4. Die Jungen haben keine Macht, aber ihre eigene Welt

Dies ist die „virtuelle Welt“ des Internets, mit der sie virtuos umgehen und in der sie den Etablierten manches voraus haben. Aber wo

lernen sie eigentlich kritische Medienkompetenz?

5. Diese Welt ist wirklich weltweit, und sie verändert weltweit

Neue Medien schaffen neue Menschenrechte, weil sie individuell nutzbar, vielen zugänglich und schwer kontrollierbar sind.

Diskussionen im Netz gehen denen auf der Straße voraus, Oppositionen sind nicht mehr lokal isoliert und zersplittert, sie haben Plattformen. Nur so war der „arabische Frühling“ überhaupt möglich.

Selbst der stärkste Machtapparat der Welt, die chinesische KP, kann ihnen auf die Dauer nicht widerstehen: 500 Millionen Chinesinnen und Chinesen im Internet und 100 Millionen Blogger werden von der Quantität zur Qualität.

6. Es gibt durchaus Chancen für die Demokratie:

Wahlanalysen in Echtzeit, ein Ende der einfachen Rechts-Links-Schemata, direkte Bürgerbeteiligung erscheint möglich, übrigens auch in der Kirche. Dem gegenüber steht ein atemloses Hinterherhetzen der Politik hinter Stimmungen und Trends und eine Entleerung der repräsentativen Demokratie.

7. Internet und Ideologie 8.

Natürlich ist alles kommunizierbar, auch die finstersten Ideologien. Das Internet ist nicht von Natur aus demokratisch. Es kann und wird auch von Geheimdiensten genutzt, um Dissidenten auszuspähen und Meinungen zu manipulieren.

8. Der Freiraum wird enger

Einerseits gibt es die Bestrebungen zum „Schutz geistigen Eigentums“, die aus finanziellen Interessen nach Einschränkungen rufen, andererseits Bestrebungen interes-sierter Kreise, Betriebs-geheimnisse, auch anrühige, zu bewahren (siehe WikiLeaks). Und natürlich ist alles, was im Netz steht, auch komme-rzialisierbar.

9. Die neuen Medien sind nicht wirklich universell

Die Trennlinie verläuft nur scheinbar zwischen Alt und Jung. Global gesehen verläuft sie eher zwischen Arm und Reich. Geschundene Wanderarbeiter in China, Hungernde in somalischen Lagern haben keinen Zugang

10. In Wirklichkeit geht es erst los

Vieles ist gar nicht so neu an den neuen Medien, und die Mächtigen sind sowieso die alten. Es wird viele Widersprüche geben, aber auch Qualitätssprünge. Man kann hoffen: die Kreativität der Nutzer ist der der Kontrolleure immer einen Schritt voraus.



Auch die Kirche hat Chancen: Gremien können öffentlich werden, wenn ein paar „Twitterer“ drin sitzen. Konfirmanden können mit ihrer Gemeinde auf facebook „befreundet“ sein und auch bleiben. Neue Zielgruppen können erreicht werden – mit welcher Verbindlichkeit auch immer.

Hans-Gerhard Koch: „Post-Demokratie“

Nein, das hat nichts mit dem gelben Briefkasten zu tun, und dass wir vielleicht darüber abstimmen dürfen, wann er geleert wird.

Es ist etwas viel Schlimmeres: die Behauptung, dass es mit der Demokratie vorbei ist, weil die Gewählten nicht mehr mächtig und die Mächtigen nicht mehr gewählt sind. „Post ...“ wie „danach!“

Demokratie, so heißt die These des englischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch, ist inzwischen in der einstmals so genannten „freien Welt“ nur noch ein hohles Gehäuse, in dem die Akteure so tun als ob. Ausschüsse, Parlamente, Kabinette tagen, haben aber nichts zu sagen.

Entschieden wird ganz wo anders.

2008 hat Crouch seine These teilweise zurück genommen. Die Begeisterungswelle junger Leute in den USA, die Obama an die Macht gebracht hat, habe gezeigt, dass die Demokratie doch noch am Leben sei.

2012 wissen wir, dass das eine vergebliche Hoffnung war. Präsident Obama ist handlungsunfähig, weil eine der beiden großen amerikanischen Parteien fest im Griff wirtschaftsradikaler Kräfte nur noch destruktiv agiert. In Europa ist mit der spanischen die vierte Regierung eines Euro-Landes einfach dadurch gestürzt, dass die Zinsen für Staatsanleihen des

betreffenden Landes die 7-Prozent-Marke überschritten.

Dazwischen wurde uns in Deutschland vorgeführt, wie eine kleine Partei nach der Wahl ihre Klientelgruppen bediente und wie Energiepolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik von einflussreichen Lobbygruppen diktiert wurde. Wir haben auch gelernt, dass zur Rettung von Banken Milliardenbeträge im Umfang von ganzen Bundeshaushalten beschlossen werden, und das innerhalb von Tagen und Wochen von Abgeordneten, die freimütig zugaben, nicht alles zu verstehen.

Unsere freie Presse kommentierte das in einem merkwürdigen Gleichklang als „alternativlos“. Und die Wahlbeteiligung unterschritt immer wieder mal die 50%-Grenze.

Demokratie unter dem Druck des Geldes - ganz fremd ist uns dieser Vorgang auch in der Kirche nicht. 2003 war es, als unter dem Diktat eines durchaus vorübergehenden Einnahmerückgangs über ganze kirchliche Arbeitszweige entschieden wurde. Ein kleiner Kreis einflussreicher Menschen formulierte eine „Giftliste“, die die Synode dann eilends beschloss. Mir kann bis heute niemand erzählen, dass dabei nur reine Sach Gesichtspunkte maßgebend waren.

Und gleichzeitig gingen junge Leute im Frühling 2011 in arabischen Diktaturen auf die Straße und kämpften unter Einsatz ihres Lebens für genau das, was uns so unversehens wegrutscht: für freie Wahlen, freie Meinungsäußerung, unabhängige Gerichte, sozialen Ausgleich.

Es ist noch nicht ausgemacht, wie weit sie wirklich Erfolg haben.

Aber wir, wir sollten uns schon mal überlegen, was uns unsere Demokratie wert ist.

Ob wir wirklich von anonymen Finanzmärkten regiert werden wollen, auf Gedeih und Verderb, im Interesse kurzfristiger Profite. Ob wir uns wirklich durch „Privatisierung“ unsere öffentliche Daseinsvorsorge und unsere kommunale Selbstverwaltung aus den Händen winden lassen wollen. Ob es uns wirklich egal sein kann, ob Journalistinnen und Journalisten unabhängig berichten und kritisch recherchieren können oder ob sie nur billig und willfährig

den Zwischenraum zwischen den Werbeblöcken füllen dürfen.

Nein, unsere Demokratie hat zuviel gekostet, um sie als „Postdemokratie“ zu entsorgen.



Und am Ende hat das ganze dann doch etwas mit dem gelben Briefkasten zu tun. Denn die Post haben wir ja auch privatisiert und müssten sie erst wieder in öffentliche Verantwortung nehmen, wenn wir als aktive Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden wollten, ob es in Zukunft noch Briefkästen gibt.

Christine Wolf: Jahrestagung ohne Referentin, aber mit Niveau - Zusammenfassung der Diskussion

Am Ende ließen sich die meisten Diskussionsbeiträge unter vier Schlagworten zusammenfassen: Es geht um die Machtfrage, die Demokratiefrage, die Generationenfrage und - nicht zu letzt - auch um die Kirchenfrage.

Macht-Frage

„Wissen ist Macht“ – diese Weisheit gilt im Netz erst recht. Nur wer sich gut auskennt, findet sich im virtuellen Labyrinth zurecht. Aber dieses Wissen ist bei Weitem nicht gerecht verteilt, und diese Ungleichverteilung erzeugt soziale Ungerechtigkeit und Angst: Wer nicht über Medienkompetenz verfügt, fürchtet Benachteiligungen; wer sie hingegen hat, sieht in der neuen Zugänglichkeit von Informationen oft eine Bedrohung des eigenen Status und fürchtet eine Egalisierung der Gesellschaft.

Auch Geld ist Macht: Wie leicht können im Internet positive Bewertungen erkaufte oder Informationen

gegen Honorar modifiziert werden. Dass solche Handlungen schwerwiegende Folgen haben können, zeigen Fälle von Internet-Mobbing auf, die bis hin zum Rufmord gehen können.

Allerdings bietet das Internet auch die große Chance, eine alternative Öffentlichkeit zu schaffen, z.B. mit der Nachrichtenseite „Nachdenkseiten“ (www.nachdenkseiten.de). Die Organisation über Foren wie



avaaz oder *campact* ermöglicht es gerade, Aufklärung zu betreiben und Machtkartelle zu unterlaufen.

Das Internet bleibt ein ambivalentes Medium. Auf Objektivität darf man

sich nicht ohne weiteres verlassen, was dem Individuum hohe Wachsamkeit und einen kritischen Blick abverlangt. Aber wo lernt man heutzutage kritisch Denken?

Demokratie-Frage

Demokratie ist nicht nur die Staatsform, die den Individuen gleiche Rechte zuspricht; sie ist auch die Staatsform, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Pflichten abverlangt. Doch um die Wahrnehmung dieser Pflichten ist es immer schlechter bestellt, wie wir an der Wahlbeteiligung unschwer erkennen. Die Demokratie, in der wir leben, ist im Lobbyismus gefangen. Können uns die neuen Medien helfen, zum Ursprungsgedanken der Demokratie zurück zu kehren? Brauchen wir eine (elektronisch gestützte?) Wahlpflicht? Bei diesen Überlegungen darf aber auch nicht vergessen werden, dass die Zugangsmöglichkeiten zu den neuen Medien ungleich verteilt sind. Wer nicht am Netz ist, steht abseits der Gesellschaft – wie demokratisch kann eine solche Gesellschaft sein?

Generationen-Frage

Dass es Unterschiede und zuweilen Konflikte zwischen den Generationen gibt, ist nichts Neues, aber der Blick auf die neuen Medien lässt sie in

einem neuen Licht erscheinen. Das Internet kann helfen, Brücken zwischen den Generationen zu bauen: Via Internet ist es leicht, mit seinen Lieben in Kontakt zu bleiben und etwas von der Welt mitzubekommen – auch wenn man nicht mehr so mobil ist. Dies ist ein möglicher Weg aus der „Seniorenfalle“. Die Kommunikation über ein gemeinsam genutztes Medium wie facebook verbindet; dadurch können Generationsunterschiede und die Basis für fruchtbare Gespräche geschaffen werden, beispielsweise in Konfirmandengruppen. Allerdings kann sich die Kluft zwischen den Generationen im Zeitalter der neuen Medien auch vergrößern, denn auch die Kommunikationsweise verändert sich: Kontakte werden virtuell gepflegt, der direkte Kontakt mit den Menschen geht verloren. Wer nicht online erreichbar ist, existiert in der virtuellen Welt nicht; wer sich mit den neuen Medien nicht auskennt oder sich nicht darauf einlassen will, stößt auf Unverständnis und bleibt außen vor. Wie ist es da möglich, den face-to-face-Kontakt vor facebook zu retten?

Kirchen-Frage

Die neuen Medien sind für die Kirche Chance und Herausforderung zugleich. Kerngeschäfte der Kirche wie Verkündigung, Seelsorge und

Mission geschehen inzwischen via Internet, wodurch völlig neue Berufsbilder entstehen. Dabei gibt es einige Fallen. Die *Anonymitäts-Falle*: Der zwischenmenschliche Kontakt geht im Internet verloren, man weiß nicht mehr, mit wem man es zu tun hat und ob die Person auch wirklich diejenige ist, die sie zu sein vorgibt. Die *Trivialisierungs-Falle*: Die Bedeutung der Kernaufgaben von Kirche geht dabei mehr und mehr verloren, denn das Angebot im Internet ist vielfältig und kundenorientiert; man sucht sich, was man möchte, anstatt sich mit dem auseinander zu setzen, was man in

einer Kirche bekommt.

Andererseits kann Kirche die neuen Medien sehr gut nutzen: Die Möglichkeit, Synoden über facebook in Echtzeit zu verfolgen, ist eine große Chance für interessierte Kirchenmitglieder und stärkt die Demokratie in der Kirche. Plattformen wie www.elkb.de ermöglichen Vernetzung und Informationsaustausch trotz räumlicher Distanz und die Einbeziehung verschiedener Generationen und Gruppen. Ist das Internet vielleicht auch die Chance, um die Nichtkirchengänger zu erreichen und die Wahlbeteiligung bei Kirchenvorstandswahlen zu erhöhen?

Lutz Taubert: Bürgerbeteiligung online – auch in der

Netzgemeinde, Online-Community – was für starke Wörter, unüberhörbar die theologisch eingefärbte Bedeutung, Und so liegt der Vergleich nahe: Was dem Internet die Netzgemeinde und Community, ist für die Kirche die (Orts-)Gemeinde und die Gemeinschaft der Glaubenden, oder?

So eingestimmt, leisten wir uns ein paar Visionen, indem unsere gute alte Kirche vom frechen jungen Internet sich ein paar Scheiben abschneidet. Zum Beispiel: Die nächste KV-Wahl übers Internet, und die Wahlbe-

teiligung wäre garantiert höher als mickrig. Oder: Online-Seelsorge. Oder: Aus dem Gemeindebrief, dessen Produktion viermal im Jahr so mühsam sich schleppt und dessen Verteilung regelmäßig zu spät kommt, wird der taufrische Newsletter, der jetzt monatlich jedem Gemeindeglied serviert wird. Und zum virtuellen Mitmachen, zur Teilhabe am Gemeindeleben per Klick einlädt: Über Foren, Chatrooms und dergleichen auf der eigenen Gemeinde-Internetseite. Überhaupt wäre die Ortsge-

meinde perfekt online – ein Internet-Auftritt, aktuell, stets alles Neue vermeldend, was sich in der Gemeinde tut, eine Website, die Anfragen zulässt und den Kontakt ermöglicht und nebenher christliches Basiswissen vermittelt. Im Internet-Archiv der Gemeinde und damit für jeden abrufbar: aktuelle Predigten der Im übrigen und darüber hinaus wäre die Gemeinde – noch so ein klingelndes Zauberwort – in den social media präsent: Werden Sie, liebes Gemeindeglied, Fan, Freund Ihrer XY-Gemeinde auf Facebook und drücken Sie den Gefällt-mir-Button.

Visionen dies alles? Die KV-Wahl im Internet bleibt vorerst eine Vision, für unsere Landeskirche zwar angeregt und angedacht, aber wegen technischer Unsicherheiten für dieses Mal verworfen. Alles andere aber gibt es bereits, wenn nicht „flächendeckend“ so doch in einzelnen Fällen und Versuchen. Überhaupt dürfen wir, was die Internet-Praxis unserer Kirche, unserer Gemeinden in der der virtuellen Weite des bayerischen Protestantismus betrifft, festhalten, dass diese Internet-Praxis erstens gar nicht so schlecht und schon gar nicht gering entwickelt ist, und dass zweitens die Online-Affinität auf Dauer umzusetzen und damit möglichst viele Menschen anzusprechen, gleichwohl ein mühsames Geschäft

ist. Miclas Geyer, der Leiter der kirchlichen Arbeitsstelle „Vernetzten Kirche“, kann bilanzieren, dass von unseren 1450 Kirchengemeinden etwa drei Viertel einen eigenen Internet-auftritt betreiben, freilich von unterschiedlichster Qualität. Da steht noch vieles Selbstgebasteltes aus den Anfangszeiten des Internets noch des letzten Jahrhunderts, und da gibt es höchst professionelles.

Die von seiner Arbeitsstelle angebotene Musterwebsite Philippus ist das neueste und am weitesten entwickelte Produkt und kann mit einem im Prinzip von jedermann erlernbarem Contentmanagement-System (eine Art Redaktionssystem) erstellt und gepflegt werden. Über die Zeit der eher statischen Internet-Präsenzen herkömmlicher Art, die im Regelfall nicht mehr als ein ins Internet gestellter Gemeindeprospekt ist, wäre eine Gemeinde, die Philippus einsetzt, deutlich hinausgekommen: Da gibt es eine Startseite mit aktuellen Nachrichten, da können nicht nur Bilder, sondern auch Videos und Tondokumente eingestellt werden, und ein aktueller Veranstaltungskalender ist eingebunden. Viele „internet-mündige“ Gemeindeglieder können als Redakteure an den Seiten mitarbeiten, und besondere Besucher können sich für einen internen, geschützten Bereich registrieren

lassen, in dem zum Beispiel Seelsorge stattfindet.

Was bringt das auf Dauer, verändert das die Kirche? Kehren wir zurück zu unserer Eingangsüberlegung: Community, mit der Gemeinde begrifflich gleich, darf nie - und wird wohl auch nie - die gelebte, lebendige Gemeinde vor Ort ersetzen, das Internet soll nicht Kirche sein.

Aber: Das Internet ist ein geeignetes Mittel, ein Instrument, um Kirche zu verwirklichen. Der Charme wäre, dass man von der Internet-Community zur Parochial-Gemeinde (und



umgekehrt) eine Brücke schlägt, dass man die virtuelle Gemeinde einlädt, echte Gemeinde zu sein. Das wäre soziokulturell ein enormer Sprung: Kirche leidet, EKD-Studien zufolge, unter „Milieu-Verengung“, schmort gewissermaßen im eigenen Saft der stets gleichen Gruppen. Durch das Internet erreichen wir ein anderes Publikum: jünger, intellektuell,

technisch interessiert, eher aufgeschlossen als konservativ. Das ist die eigentliche Chance der vernetzten Kirche, dass die auf eine stärkere Beteiligung des (Kirchen-)Volks am Kirchesein hinaus läuft – und das wäre eine ganze Menge.

Stefan Kern: Der AEE bei facebook -Muss das sein, und wozu?

Der aee bei Facebook – Seit Ende letzten Jahres ist der aee auch mit einer Seite bei facebook vertreten. Sicher fragen sich einige warum das denn, und muss Kirche sich jetzt bei jedem neumodischen Schnick-Schnack einbringen?

facebook ist ein sogenanntes SocialNetwork und ermöglicht es schnell und unkompliziert Informationen auszutauschen und an andere

weiter zugeben. Man kann diese Sachen lesen und kommentieren, wenn man „befreundet“ ist.

Doch warum sollte ich mit meiner Kirchengemeinde im Netz befreundet sein? Der Gottesdienst findet doch in der Realität - in der Kirche - statt? Ganz einfach: Kirche erreicht auf diese Weise viele Menschen, die sie sonst vielleicht nicht erreicht. So geht auch unser Landesbischof hier neue

Wege und „poster“ z.B. die Predigt vom letzten Sonntag, oder seine Erlebnisse bei einer Wassersegnung der orthodoxen Kirche in München. Und der große Vorteil man kann den Beitrag kommentieren und so auch mit ihm diskutieren. Und dadurch, dass z.B. meine „Freunde“ mitbekommen, was ich geschrieben oder kommentiert habe, werden diese auch auf kirchliche Inhalte aufmerksam und vielleicht interessiert, obwohl sie eher kirchenfern sind. Kirche wird durch facebook ein wenig offener und bekommt manchmal auf sehr direkte Weise mit, was andere über verschiedenste Dinge so denken. Ich denke es ist eine Chance auf diese Weise Kirche zu gestalten und andere Menschen Kirche mitgestalten zu lassen; gerade wenn es um Äußerungen zu aktuellen Themen geht. Und so hat der aee auf seiner



Seite in den letzten Wochen die 10 Quellen gepostet und nach und nach kommt auch der ein oder andere Kommentar dazu, oder auch einfach nur ein „Gefällt mir“.

Der aee freut sich natürlich über zahlreiche weitere Freunde - nicht nur

Auch die Evangelische Jugend ist am Thema dran: der Landesjugendkonvent, die Vertretung der Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit, beschloss Juni 2011 zur „Schönen neuen Medienwelt“

Zukunft braucht Verantwortung

Evangelische Jugend für einen verantwortungsbewussten und angeleiteten Umgang mit dem Internet

Die JIM-Studie 2010 besagt, dass 79 % der 12 bis 19 jährigen Jugendlichen einen eigenen Computer bzw. Laptop zur Verfügung haben und in 98 % der Haushalte ein Internetzugang vorhanden ist. Aktuell verbringen sie durchschnittlich 138 Minuten pro Tag im Internet. Soziale Netzwerke im Internet haben eine starke Anziehungskraft auf Jugendliche. JedeR Zweite dieser Gruppe loggt sich täglich in einer Online-Community ein, die meisten von ihnen sogar mehrmals

täglich. Der Austausch über Bilder, Einträge, Kommentare und Statusmeldungen über soziale Netzwerke ist somit die am häufigsten verwendete Kommunikationsform im Internet.[...]

... Daraus erschließt sich, dass Evangelische Jugendarbeit diesen Teil der Lebenswirklichkeit Jugendlicher sowohl als sinnvoll als auch notwendig erkennt und sich daher im Internet vertritt, präsentiert und aktiv ist.

Evangelische Jugend kann im medienpädagogischen Arbeitsfeld einer medialen Unselbständigkeit und Verantwortungslosigkeit entgegenwirken. Zudem müssen Politik und Gesellschaft wahrnehmen, dass es hier einen dringenden Handlungsbedarf zum Wohle der jungen Menschen gibt und diese in ihrem digitalen Handeln nicht alleine gelassen werden dürfen.

Der vollständige Text ist unter www.ejb.de/Landesjugendkonvent nachzulesen

Hermann Thoma: Durchschlagend und nachhaltig schädlich Uran-Munition - Landessynode, LKR und ein Synodenantrag

Kinder und Jugendliche auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan hantieren mit den Resten von Kriegsmunition und turnen auf zerstörten Panzern. Ihnen ist nicht bewusst, welcher Gefahr sie sich aussetzen. Menschen, die in solchen Kriegsgebieten wohnen, oder als Soldaten dort eingesetzt sind, nehmen Uranstaub in sich auf. Briten und Amerikaner haben in den genannten Kampfgebieten Uranmunition eingesetzt. Wissenschaftler berichten von erschreckenden Missbildungen von Neugeborenen in solchen Regionen: Kinder, die statt Augen rote Geschwüre haben, einen Fischmund oder eine Haut, die nicht atmen kann, ohne Arme, mit Organen

in einem Hautsack außerhalb des Körpers. Zahlreiche Gebiete um irakische Städte gelten auch für die irakische Regierung als nicht mehr bewohnbar. Nach der Bombardierung von Hadzidci wurden 3500 Personen umgesiedelt. Davon sind innerhalb von drei Jahren 1112 an Krebs gestorben, weil sie kontaminiert waren. So beschreibt und zeigt es Frieder F. Wagner in seinem Film „Deadly Dust“ (Tödlicher Staub), der unter www.youtube.com in verschiedenen Fassungen betrachtet werden kann. Die EMZ in Nürnberg verleiht den Dokumentarfilm unter dem Titel „Todesstaub – Die verstrahlten Kinder von Basra“.

Unter dem Eindruck dieses Films und weiterer Informationen stellten Rummelsberger Diakone, genauer der Brüderkreis Auhof I, einen Antrag an die Landessynode zur Herbsttagung 2011. Im Vorfeld wurden Unterschriften von insgesamt 100 Personen aus dem kirchlichen Bereich zur Unterstützung dieses Antrags zur Ächtung der Herstellung und der Verwendung von Uranmunition gesammelt und kirchliche Mitarbeiter/innen wie Gremien dafür sensibilisiert.



Angereichertes Uran (U-238, DU, Depleted Uranium) ist ein Abfallprodukt der Atomindustrie. Damit werden Granaten und andere Geschosse hergestellt. Uranmunition ist 1,7 mal dichter als Blei und kann als Hartkerngeschoss Panzer und

Bunker besonders wirksam durchbrechen. Dabei erhitzt sich das Material auf 3000 Grad Celsius. Die Besatzung des Panzers verbrennt, wenn das Urangeschoss trifft. Bei der Verbrennung von Uran-238 entsteht Uranoxid mit kleinsten Staubpartikeln, die sehr leicht sind und sich kilometerweit verbreiten können. Über die Atemluft, das Wasser, die Nahrungskette, werden diese Partikel von Mensch und Tier aufgenommen. Es ist als Schwermetall chemotoxisch und lagert sich in den Organen ab. Bei Schwangeren werden auch Ungeborene damit geschädigt. Als Alphastrahler hat Uran auch eine radiotoxische Wirkung und verursacht Krebs und Schäden an Chromosomen und Genen. Bisher wurde von Militärs behauptet, dass nur angereichertes Uran-238 in Uranmunition verwendet wird und kein angereichertes U-235. Nach der Belagerung von Falludscha im Irak wurde nach einer ersten Untersuchung im Jahr 2004 eine weitere im Jahr 2010 vorgenommen. Dabei stellten Wissenschaftler fest, dass bei 25 Eltern, deren Kinder mit Missbildungen zur Welt kamen, bei Haarproben das leicht angereicherte Uran-235 gefunden wurde, das radioaktiv strahlt. Die Bedrohung durch Urant Staub ist sehr dauerhaft: Die Halbwertszeit von U-235 beträgt

703 Millionen Jahre, die für U-238 gar 4 Milliarden Jahre.

Auf den Antrag der Rummelsberger Diakone an die Landessynode hat zunächst Oberkirchenrat Detlev Bierbaum im Auftrag des Landeskirchenrats befürwortend reagiert und einen erfreulich gründlich recherchierten Sachstand in seiner Stellungnahme dargelegt. Der Landeskirchenrat hat diese Stellungnahme für die Beratungen der Synode eingebracht. Der Ausschuss für Gesellschaft und Diakonie schloss sich dieser Stellungnahme an und befürwortete die Eingabe. Diesem Votum des Fachausschusses hat sich die Landessynode mit einer Enthaltung mehrheitlich angeschlossen. Hilpoltstein einen Informations- und

Diskussionsabend zum Thema Uranmunition und die Folgen für Hilpoltstein Am 8. März 2012 wird es in der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Hilpoltsteineinen Informations- und Diskussionsabend zum Thema Uranmunition und die Folgen für Soldaten und Zivilisten geben. Zugesagt haben Pfarrer i. R. Horst Scheffler, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und Mitherausgeber des Rüstungsexportberichtes und Diakonin Elisabeth Peterhoff, Referentin der Arbeitsstelle kokon für konstruktive Konfliktbearbeitung und KDV-Beratung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. Einen Bundeswehroffizier zur Mitwirkung zu gewinnen, ist bisher nicht gelungen.

Hundert Tage Landesbischof - Interview mit Heinrich Bedford-Strohm

Die Fragen stellte Lutz Taubert

Frage: Der AEE ist eine Richtungsgruppe im bayerischen Protestantismus. Wie halten Sie es als Landesbischof mit derartigen Richtungsgruppen im allgemeinen, und was erwarten Sie vom AEE im besonderen?

Antwort: Richtungsgruppen haben ihren guten Sinn darin, dass sie bestimmte Meinungen in unserer Kirche bündeln, sie öffentlich erkennbar machen und in die

kirchlichen Diskussionen einbringen. Damit leisten sie unserer Kirche einen wichtigen Dienst: nämlich auf der Basis von Schrift und Bekenntnis ebenso wie einer wachen Wahrnehmung der Welt zu klären, was das Zeugnis des Evangeliums heute für uns persönlich und für unsere Gesellschaft bedeutet.

Das Engagement des AEE für eine authentische, engagierte und an

Teilhabe orientierte Kirche sowie sozialetisch für die Themen des konziliaren Prozesses findet meine volle Unterstützung. Unsere Kirche braucht diese inhaltlichen Impulse. Sie in wechselseitiger Hör- und Lernbereitschaft in die kontroversen Diskussionen in unserer Kirche einzubringen, ist der Dienst des AEE an unserer Kirche, den ich mir wünsche.

Frage: *Das Thema "Richtungsgruppen" noch mal anders aufgeklärt: Richtungsgruppen in der Kirche sind wie Parteien in der Welt, eindeutig, parteiisch, streitlustig, Position in der Kontroverse bezeichnend, und eigentlich darauf aus, eine Mehrheit für eine Entscheidung zu gewinnen. Andererseits hat in unserer Kirche der "Magnus Consensus" seine Berechtigung und Bedeutung. Was bringt unserer Kirche eigentlich weiter: der Streit oder die Eintracht?*

Antwort: Das ist eine falsche Alternative. Sowohl Streit zur Klärung der Wahrheit hat seinen Sinn als auch die Eintracht als Ausdruck der trotz aller Kontroversen tragenden Grundlage der Orientierung an Jesus Christus. Letzteres kann helfen, dass der Streit sich nicht verselbstständigt, sondern sich wirklich an der Sache orientiert. Bei politischen Parteien wird häufig zu recht kritisiert, dass ihre Mitglieder und öffentlichen

Repräsentanten sich zuallererst an der Parteilinie orientieren anstatt hart an der Sache zu diskutieren. Was schon für Parteien falsch ist, wäre erst recht falsch, wenn es die Richtungsgruppen innerhalb unserer Kirche charakterisieren würde. In die Diskussionen sollen sie sich engagiert



einbringen, aber ebenso lernbereit sein. Diskussionen müssen ergebnisoffen sein, sonst kann man sie sich sparen.

Frage: *Sie stehen für eine politische Kirche. Wie weit darf, muss eine solche politische Kirche wirken, wo wäre ihre Grenze?*

Antwort: Die Kirche muss immer politisch sein, weil der Glaube immer Konsequenzen für das Leben hat.

Und unser Leben wird in hohem Maße von politischen Rahmenbedingungen geprägt. Wer Christus wirklich in den geringsten seiner Brüder und Schwestern sieht, der kann nicht anders als zu fragen, wie sich ihre Situation verbessern kann, wie vielleicht strukturell bedingte Not überwunden werden kann. Dabei spielt die politische Dimension eine wichtige Rolle. Die Grenze des politischen Engagements der Kirche liegt da, wo subjektive Einschätzungen zu politischen Alltagsfragen mit einem „Heiligenschein“ versehen werden und wo Moralisierung an die Stelle guter Argumente tritt. Sachliche Kompetenz und ethische Kompetenz müssen immer zusammenspielen.

Frage: *Und woher bezieht die politische Kirche ihre theologische Tiefe?*

Antwort: Aus der Bibel. Die Grundorientierungen der Bibel – wie etwa die vorrangige Option für die

Armen – sind auch für die politische Dimension des Lebens verbindlich. Die biblische Kultkritik macht es eindrucksvoll deutlich: Gottesdienst ohne Einsatz für Gerechtigkeit ist nicht wirklich Gottesdienst. Eine Kirche, die das vergisst, wäre ebenso fragwürdig wie eine Kirche, die sich in ethischem Engagement erschöpft und damit selbst säkularisiert.

Frage: *"Ecclesia semper reformanda": Welche Reform steht in unserer Kirche jetzt an?*

Antwort: Ich glaube nicht, dass wir neue strukturelle Reformprogramme brauchen. Unser wichtigstes Reformprogramm ist es, eine authentische öffentliche Kirche zu werden, also eine Kirche, die aus der geistlichen Kraft lebt, die ausstrahlt, wovon sie spricht und ihre Botschaft öffentlich zum Ausdruck bringt, indem sie sich in die gesellschaftlichen Debatten einmischt und damit ihrer Aufgabe Orientierung zu geben, gerecht wird.

Hartmut Brunner: Wie wäre es, wenn ... Ein Vorblick auf das Thema der Frühjahrssynode

„Kirche, Jugend und Schule“ ist das Thema der Frühjahrssynode unserer Landeskirche.

Kirchenrat Hartmut Brunner, Schulbeauftragter in Nürnberg und ehemals Vorsitzender des EKD-

Bildungsausschusses. skizziert drei Dinge, die in diesem Feld derzeit „dran sind“.

Zurzeit bewegen die Schullandschaft drei Themen:

1. Die **Umsetzung der UN-Konvention**. Seit März 2009 ist diese UN-Konvention in Deutschland in Kraft getreten. Im Artikel 24 erkennen die Vertragsstaaten das **Recht von Menschen mit Behinderung auf Bildung** an. Um dieses Recht auf Chancengleichheit zu verwirklichen soll ein integratives Bildungssystem eingeführt werden. Im August 2011 ist deshalb das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz geändert worden. Demnach können Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Wunsch der Erziehungsberechtigten die Regelschule besuchen. Man stelle sich das mal vor! Plötzlich werden aus unseren homogenen Klassenverbänden heterogene Gruppen. Seit Johann Friedrich Hebart (1776-1841) war unser größtes Problem im Unterricht „die Verschiedenheit der Köpfe“. Die Lösung war: „den Unterricht auf die Mittelköpfe zu kalkulieren“. Damit war die Heterogenität ein Problem, ein Ärgernis. Man richtete seinen Unterricht auf ein fiktives mittleres Niveau aus. Wer hier nicht folgen konnte, musste die Lerngruppe verlassen, wurde ausgesondert, selektiert. Heterogenität wird hier begrenzt und beschnitten und zwar am unteren Ende des Leistungsspektrums, gestützt durch

die Sehnsucht nach homogenen Lerngruppen.

Was wäre, wenn wir Heterogenität als Chance verstünden und alle an die Hand nähmen, damit niemand verloren geht? Ist nicht jede und jeder wertvoll vor Gott und den Menschen und hat das gleiche Recht auf gesellschaftlicher Teilhabe ob behindert oder nicht behindert? Wo kämen wir da hin? Direkt ins Reich Gottes? Unmöglich. Zu schwierig, zu teuer, nicht umsetzbar. Aber es gibt sie, diese Inseln mit Modellcharakter. Seit dem Schuljahr 2011/12 gibt es in allen Regierungsbezirken Volksschulen mit dem Schulprofil „Inklusion“. In Mittelfranken gibt es 6 davon. Hier werden Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam unterrichtet. Fachlich und pädagogisch unterstützt von Lehrkräften der Regelschule und der Förderschule, in kleinen Lerngruppen und besonderen Lernmethoden.

2. Im Religionsunterricht beginnen wir darüber zu klagen, dass die **religiöse Sozialisation** in der Familie und Gesellschaft immer schwächer wird. Man betet nicht mehr zu Haus, geht kaum noch in den Gottesdienst und religiöse Themen am Küchentisch sind seltener geworden. Es fehlt an Basisinformation und damit an Sprachfähigkeit über unseren Glauben. Wer aber über seinen

Glauben nicht mehr Auskunft geben kann verarmt und gerät schnell in die Fänge von Fundamentalisten und Fanatiker. Sie scheinen einfache Antworten auf komplizierte Fragen zu haben. Was wäre wenn wir begönnen wieder dialogfähiger zu werden? In der 3. und 4. Jahrgangsstufe ist in der Stundetafel 3



Wochenstunden Religion vorgesehen. Was wäre, wenn wir eine Stunde dazu nutzten, gemeinsam mit anderen Religionen ins Gespräch zu kommen. Man stelle sich das mal vor! Man

bliebe im Klassenverband. Es käme zu einem Dialog der Kulturen, zu einem Lehrgespräch über den Glauben, eine Stunde pro Woche. Muslime, Christen, Juden, Buddhisten... würden über ihren Glauben Auskunft geben und auch ich müsste mich der Frage stellen: „Was glaubst denn du?“

3. Die Berufsgruppe der **Religionspädagoginnen und -pädagogen** hat zu hinken begonnen. Früher standen sie auf beiden Beinen im Leben, in der Schule und in der Kirchengemeinde. Sie sind ja doppelt qualifiziert, für den Religionsunterricht und die Kirchliche Bildungsarbeit. Was wäre, wenn man sie wieder laufen ließe, um Brücken zu bilden zwischen Schule und Kirchengemeinde: in den Ganztagschulen, im heilpädagogischen Bereich (s.o.), als Schulbegleiter, in der Therapie, Seelsorge und der Jugendsozialarbeit an den Schulen? Wir brauchen ihre Doppelqualifizierung und die Anpassung ihrer Ausbildung!

Johannes Herold: Bericht aus Israel

Unser Mitglied Johannes Herold arbeitet derzeit als Pfarrer z.A. in Jerusalem. Er schildert uns seine Einschätzung der schwierigen Situation in Nahost.

Aus europäischer Perspektive befindet sich der Nahostkonflikt in einem Stadium des "Nullwachstums": Der (gescheiterte) Versuch einer UN-Vollmitgliedschaft wurde von

israelischer Seite von vornherein als "einseitiger" Schritt abgelehnt, der jeden Dialog zwischen den beiden Seiten negieren würde. Andererseits ist die Regierung Israels unter Benjamin Netanjahu anscheinend auch nicht zu größeren Zugeständnissen an die Palästinenser bereit - so dass die Situation so verfahren und aussichtslos erscheint wie eigentlich fast immer. Es gibt nicht Neues unter dem Himmel des Heiligen Landes.

Da war es für viele Israelis ein Lichtblick, dass sich die israelische Regierung, Hamas und Fatah auf einen Gefangenenaustausch einigten, bei dem der seit Jahren in Geiselhaft der Hamas befindliche Gilad Shalit gegen mehr als 1000 palästinensische Gefangene freigelassen wurde. Trotz vieler Kritik und Sorgen, dass das Beispiel Schule machen könnte, wuchs auch Hoffnung: "Sie können ja doch flexibel sein - und zwar beide Seiten!" - so sagte mir eine israelische Frau. Wenn Hamas und Israels Regierung es schaffen, sich in dieser Frage zu einigen, dann könnte ja vielleicht noch viel mehr ausgehandelt werden.

So wenig sich die israelische Regierung in ihren Verhandlungspositionen bewegt, so drastisch sind die Veränderungen auf palästinensischer Seite. Veränderungen, die in den deutschen Medien kaum vorkommen

und auch von westlichen und israelischen Politikern kaum wahrgenommen, geschweige denn goutiert werden.

1) Die Hamas, seit den demokratischen Wahlen im Jahr 2007 an der Regierung im Gazastreifen, wird nach wie vor als terroristische Gruppe behandelt, deren Ziel die gewaltsame Auslöschung des zionistischen Regimes sei. Diese Sichtweise findet Anhalt an der Charta der Hamas aus dem Jahr 1988. Hier wird der jüdische Staat tatsächlich mit verschiedensten rassistischen Verwünschungen und Vorurteilen bedacht und seine Vernichtung als Zweck der Hamas beschrieben. Betrachtet man aber Aussagen und Handeln der Hamas in den vergangenen vier Jahren, so ergibt sich ein erstaunlich anderes Bild dieser Organisation. So ist im Gazastreifen kein islamistischer Gottesstaat entstanden, der mit allen Mitteln den Kampf gegen Israel betreibt. Vielmehr sieht man ein technokratisches "Staatsgebilde", in dem das Gewaltmonopol von der Regierungspartei beansprucht wird, welche auch die öffentliche Ordnung wahrt. Nicht nur hat sich die Hamas von Gewalt gegen Israel distanziert, sie hat auch aktiv Maßnahmen gegen gewaltsame Angriffe gegen Israel durch den Islamischen Jihad ergriffen. Und auch, wenn eine offizielle Anerkennung Israels durch die Hamas in weiter

Ferne liegen dürfte, lautet die neue Forderung der Hamas, einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu gründen. Das bedeutet, dass die Hamas letztlich nicht mehr als eine terroristische islamistische Organisation zu betrachten ist, sondern ein ernst zu nehmender Verhandlungspartner für eine 2-Staatenlösung ist.

Diese Entwicklung der Hamas ist von westlichen Politikern teils nicht bemerkt, teils als trügerische Absichten unterstellt worden, mit Verweis auf die Charta 1988. Annäherung und der Beginn politischer Gespräche erscheinen angesichts der genannten Entwicklungen aber als ein wesentlich angemesseneres Verhalten gegenüber der Hamas.

2) Ähnlich drastische Veränderungen hat auch die Fatah im Westjordanland durchlaufen. So spielt der gewaltsame Widerstand gegen die Existenz des jüdischen Staates in Verlautbarungen der Fatah, aber auch in ihrem Handeln keine Rolle mehr. Vielmehr haben sich Mahmud Abbas und sein Premier Salaam Fayyad darauf konzentriert, in ihrem Einflussbereich einen funktionierenden palästinensischen Staat nach westlichem Vorbild zu schaffen.

Auch wenn bei Korruption und demokratischer Legitimierung noch viel zu verbessern ist, werden der

palästinensischen Autonomiebehörde von internationalen Organisationen hohe Standards bescheinigt. Jahrzehntlang haben die Palästinenser auf ihre Eigenständigkeit gewartet, um einen eigenen Staat aufbauen zu können. Nun haben sie die Reihenfolge umgedreht: erst Staat, dann Anerkennung.

Mussten israelische Politiker über Jahrzehnte hinweg konstatieren, dass sie auf palästinensischer Seite keinen (glaubwürdigen) Gesprächspartner gebe, so scheint sich die Lage derzeit umgekehrt zu haben: Hamas und Fatah zeigen sich bereit zu Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung - aber Israel und die internationale Gemeinschaft weigern sich, mit der Hamas zu reden und zeigen sich zu substanziellen Zugeständnissen nicht bereit.

Auch wenn in Israel und Palästina also eigentlich jeder Frieden will: Eine Lösung des Nahostkonflikts scheint 2012 so fern wie eh und je.

Martin Kleineidam: Kultur des Lebens

Bericht über eine Klausur des LT mit Prof. Ulrich Duchrow

Die Grundfrage, mit der sich der Referent beim Klausurtag am 23. Juli 2011, Professor **Ulrich Duchrow**, beschäftigte, lautete: „Wenn wir weiter machen wie bisher, wird Leben auf dieser Erde nicht mehr möglich sein.“ Diese Grundfrage müsse erst einmal da sein. Es sei eine theologische Frage. Stellte der profilierteste evangelische Vertreter der Befreiungstheologie fest. **„Welcher Gott soll regieren?“** Schließen wir uns dem an, der Leben erhält. Oder folgen wir dem Gesetz des Todes?“ Brodbeck u. a. haben die Zivilisation des Todes beschrieben. Grundlage für die Verbeugung vor dieser vernichtenden Macht war die Einführung des Geldes, die die reine Tauschwirtschaft abgelöst hat. Geld ist das eine verbindende und vergleichbare Element zwischen den zahllosen Waren. Geld habe seither das Denken der Menschen verändert. Früher musste man handeln und reden, jetzt wird kalkuliert zum Zweck der Geldvermehrung. Je mehr Geld man habe, desto leichter öffne sich einem der Markt, der alles bereithalte, was man zum Leben brauche. Duchrow machte bereits im 8. Jhdt. vor Christus einen Schub der Entsolidarisierung durch die Einführung der Geldwirtschaft aus. Der Staat garantiere seither diese Art

von Wirtschaftsverfassung. Mit dem Geld verband sich schnell der Anspruch auf Eigentum und Landbesitz. Die Geldvermehrung setze bis heute eine **global wirkende Dynamik** frei. Natur und Menschen seien nur noch Mittel zum Zweck der Kalkulation und Rationalisierung. In dieser Dynamik entstünde ein gesetzlicher Zwang zum Mehr, der Zwang zum Wachstum, der alle Menschen mit sich reiße. Max Weber hatte in diesem Zusammenhang von herrenloser Sklaverei gesprochen. Eine unsichtbare Macht drücke der Welt ihr Gesetz des Mehr auf, das zum Tod führe, so der Theologe der Armen. Finanzkrise und Klimakrise stellten darin zwei Seiten derselben Medaille dar. Maß aller Dinge wäre in diesem System die Quantität (BIP), die das Leben letztlich trivialisiere, weil Qualität und Beziehungen keine Rolle mehr spielten. Parallel zu den Anfängen globaler Entsolidarisierung hatten sich zwischen 800 und 200 v. Chr. **neue Religionen entwickelt**: Zoroaster, Buddha, Konfuzius, Judentum. Sie alle waren Antworten auf die erst Globalisierung des geldrationalen Prozesses - Christentum und Islam die 2. und 3. Reaktion auf diese globalisierende Dynamik. Duchrow führte weiter aus, dass zwar der Gedanke vom unbegrenzten

Wachstum auch die Bedingung für die Soziale Marktwirtschaft gebildet habe, aber die mit ihr starke gewachsene Arbeitnehmerschaft sei doch mit der neoliberalen Periode ab 1980 in die Knie gegangen. **Selbst der kirchliche Mittelstand heute ließe sich gut auf die kalkulierende Denkweise ansprechen (vgl. Kirche der Freiheit** mit ihren Stichworten: mehr Taufen, mehr Eintritte, Kirche fit machen, Spenden akquirieren....). Dieses System sei zudem hoch professionell im Verstecken der Gottesfrage.

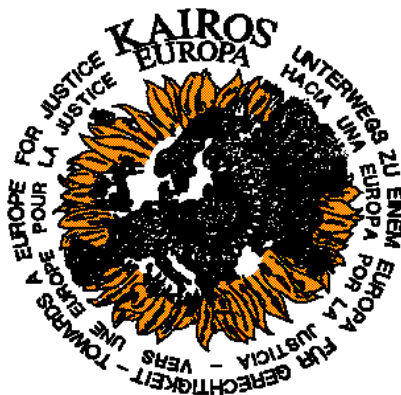
Es gehe daher um einen umfassenden kulturellen Ansatz, der einen Zivilisationswandel herbeiführe, um eine kopernikanische Wende hin zum Leben auch im kirchlichen Denken. Kirche müsse ihre Quellen des Widerstandes wieder finden, z. B. die der Reformation vor ihrer Zähmung in Landeskirchen „Was bringt uns auf diesen Weg?“ fragte der Mitbegründer von Kairos Europa:

1. „**Auf die Opfer hören:** auf Langzeitarbeitslose, auf Menschen, die am Geldsystem gescheitert sind, auf unterdrückte Kulturen, auf unterdrückte Entwicklungen in unserer eigenen Kirchengeschichte, die sich gewehrt haben gegen das quantitative Mehr.

2. **Bewegungen wahrnehmen**, die das mitfühlende, mitleidende Element einbringen wollen: die Theologie Bonhoeffers („Christen gehen zu

Gott in seinem Leiden“); die moderne Biologie (Leben als Netzwerk); die relationale Psychologie (Intersubjektivität), die Gemeinwohlökonomie (vgl. E. Ostrows Rede von Allmende und Commons), partizipatorische Formen der Produktionen; Bemühungen um ein neues Steuersystem, das kooperative Bankenwesen, die Kirchenfinanzierung aus Gemeinderücklagenfonds statt aus Zinsdifferenzen (vgl. Baden), das Befreiungstheologische Netzwerk oder Oikotree, die Energiebewegung auf regenerativer Basis bis hin zum eigenen Selbstvermarktungs-laden Nichtkapitalorientierte Systeme bräuchten kein Wachstum, hielt das wissenschaftliche Mitglied im Beirat von Attac fest. Die Lissaboner Verträge hingegen hätten sich ausdrücklich von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet. Europa habe nun eine offene Marktwirtschaft. Kirche dagegen behaupte, Deutschland sei noch sozial. Sie belüge sich aber mit dieser These selbst und die Gesellschaft. Dagegen habe keine Organisation so viele Möglichkeiten, die Stimme des Südens im Norden laut werden zu lassen, wie die Kirche. Kirche müsse sich daher für den „Gott des relationalen Lebens“ und gegen das Gesetz des Mehrs einsetzen. Für Einzelne und die engagierten Gruppen der „Kümmerer“ biete sich der Einstieg am besten dort an, „wo

sich etwas zuspitzt“. Es gelte dort anzusetzen, „wo am meisten der Schuh drückt, um dann in die Tiefe vorzustößen“. Da würde man auch auf das Problem unserer Sozialsysteme stoßen, die Betroffene bis zum Tod in lebenslanger Isolation alimentierten. Der Ansatz einer Kultur des Lebens müsse dagegen Lust wecken, die Sehnsucht ansprechen. **Es gehe um einen Aufbruch, besser zu leben.**



Christine Wolf: Die Mitgliederversammlung 2011

Die Mitgliederversammlung des AEE fand im Anschluss an die Jahrestagung am 08.10.2011 in Nürnberg statt. Ein Schwerpunkt der Versammlung war der **Bericht des Sprechers** über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. Ein zentrales Thema 2011 war die Diskussion um homosexuelle Paare im Pfarrhaus; der AEE positioniert sich in dieser Sache deutlich mit dem Positionspapier „Endlich klar Ja sagen“. Außerdem beschäftigten das Leitende Team das Verhältnis der kirchlichen Berufsgruppen untereinander sowie die Landesbischofswahl. Die überarbeiteten 10 Quellen des Aufbruchs erhalten von vielen Seiten positiven Zuspruch und werden populärer, worüber das Leitende Team sehr erfreut ist.

Martin Kleineidam gab außerdem einen Überblick über die Aktivitäten in den **Regionalgruppen**. Der AEE hat derzeit aktive Regionalgruppen in München, Nürnberg und Bayreuth. Die Gründung einer Regionalgruppe in Würzburg läuft an.

HG Koch und Beate Rabenstein erläuterten in ihrer Funktion als **Geschäftsführung** die Mitgliederentwicklung des AEE sowie die Finanzen des vergangenen Jahres. Die Geschäftsführung wurde einstimmig entlastet.

Im Mittelpunkt standen die **Neuwahlen zum Leitenden Team**. Es wurden gewählt:
-aus München: Lutz Taubert und Kurt Braml

-aus Nürnberg: Charly Grimmer und Richard Gelenius

-aus Bayreuth: Martin Kleineidam

-aus Würzburg: Kristina Reichert und Christine Wolf

-HG Koch (Fürth) und Uli Willmer (Coburg)

Das neue Leitende Team hat außerdem vor, Anne-Katrin Preidel (Synodalin der bayerischen Landessynode, der EKD und der VELKD) ins Leitende Team berufen.

Folgende **Beschlüsse** wurden auf der Versammlung getroffen:

-Die Mitgliedschaft des AEE in der Erlassjahrkampagne wird beendet; dafür unterstützt der AEE ab 2012 Kairos Europa als Fördermitglied.

- Ab 2012 werden die Mitgliedsbeiträge im AEE erhöht.

Dieser Punkt wurde unter den Mitgliedern ausführlich diskutiert. Man war sich einig, dass die Erhöhung sinnvoll ist, da somit die Rücklagen des AEE unangetastet bleiben können; außerdem ist sie vor dem Hintergrund, dass die Beiträge seit über 10 Jahren stabil geblieben sind, vertretbar.

Als **Anregung für die weitere Arbeit** des AEE wurde der Wunsch geäußert, sich verstärkt mit bioethischen Themen auseinander zu setzen. Außerdem sind sich die Mitglieder einig, dass es zu den Kirchenvorstandswahlen 2012 eine Aktion des AEE geben soll. Die Themen, mit denen sich die Landessynode jeweils beschäftigt, sollen auch im AEE behandelt werden.

Hans-Gerhard Koch: Höherer AEE-Beitrag - warum?

Sie haben es schon im Bericht über die Mitgliederversammlung gelesen: der AEE wird nach 15 Jahren den Mitgliedsbeitrag von 20 € für Einzelmitglieder auf 25 € und von 30 € für Ehepaare auf 40 € erhöhen. 2001 hatten wir ihn sogar im Zuge der Euro-Umrechnung geringfügig gesenkt. Warum die Erhöhung?

Als der AEE 2008 wieder erwachte, hatten wir mangels Aktivitäten ein gutes Finanzpolster angesammelt. Das ist aber nun durch Aktionen wie

die Sonntagsblatt-Beilage ziemlich verbraucht. 2010 waren unsere Einnahmen 100 € niedriger als die laufenden Kosten für b+k, Tagungen, LT, Geschäftsführung, homepage etc.

So hat die MV nach 15 Jahren Stillstand eine Erhöhung auf 25 € für Einzelmitglieder und 40 € für Paare beschlossen, damit wir, z.B. im Vorfeld der KV-Wahl, den AEE weiter bekannt machen und ins Gespräch bringen können. Allen, die dazu beitragen, vielen Dank !

Auf ein Neues: Neu im Leitenden Team

Lutz Taubert



Journalist, 60 Jahre

Seit vielen Jahren beim Sonntagsblatt - Evangelische Wochenzeitung für Bayern (jetzt in Altersteilzeit). Ehrenamtlich in der Andreas-Kirchengemeinde München tätig.

Kurt Braml stellen wir in der nächsten Ausgabe von b+k vor, da er erst im Sommer 2012 einsteigen will.

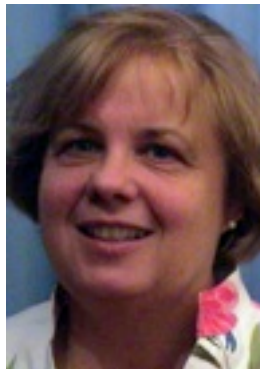
Dr. Karl-Friedrich Grimmer

53 Jahre, Pfarrer an der Erlöserkirche Erlangen, im AEE seit 1980, vor allem die Themen Gerechtigkeit und Ökumene in jeder Beziehung und Hinsicht



Dr. Annekathrin Preidel

55 Jahre, Dipl.-Biologin. Ehrenamtlich im KV und Dekanat Erlangen, Mitgl. der Landessynode der ELKB, des Präsidiums der Generalsynode VELKD, der Synode der EKD, Kontaktfrau dieser Gremien zum AEE.



Adressen**Leitendes Team 2011-14****Richard Gelenius, Dipl.-**

Verwaltungswirt, Adam-Kraft-Str. 6a,
91126 Schwabach, Tel.: 09122-73297
richard.gelenius@web.de

Martin Kleineidam, Pfarrer,

Löhestr. 1, 95444 Bayreuth, Tel.:
0921-65580, kleineidam@stadtkirche-bayreuth.de

Dr. Hans-Gerhard Koch,

Sozialpfarrer i.R., Sonneberger Str. 10,
90765 Fürth, Tel.: 0911-794507
hgkoch@nefkom.net

Dr. Karl F. Grimmer

Donaustr. 8, 91052 Erlangen. 09131/
5316550, karlf.grimmer@online.de

Kristina Reichert, Diakonin

Theodor-Körner-Str. 4, 97072
Würzburg, 0931-32955520
kristinareichert@web.de

Ulrich Willmer, Pfarrer,

Johanneskirchplatz 1 96459 Coburg,
09561-39898, ku.willmer@gmx.de

Christine Wolf, Studentin,

Brücknerstr. 5, 97080 Würzburg,
0931-2609499 christine.wolf@gmx.net

Lutz Taubert, Redakteur

Grabmannstr. 11, 81476 München
089-89162036 bachtaube@freenet.de

Dr. Annekathrin Preidel, Biologin

Mitglied der LS, Pirckheimerweg 5,
91058 Erlangen, 09131-604784
annekthrin.preidel@googlemail.com

Ansprechpartner Regionalgruppe

Nürnberg Dr. H.-G.Koch, und
Artur Ziegenhagen, Tuchergartenstr.5,

90403 Nürnberg, Tel.: 0911-536909,
mail gae-nuernberg@t-online.de

Ansprechpartner RG Bayreuth

Martin Kleineidam und Dr. Jürgen
Wolff, Richard-Wagner-Straße 24,
95444 Bayreuth, Tel.: 0921/5606811
mail wolff@ebw-bayreuth.de

Ansprechpartner RG München

Pfarrer i.R. Gerhard Monninger
Buttermelcherstr. 19, 80469 München,
089-88983534
gerhardmonninger@web.de

Ansprechpartner RG Würzburg

Christine Wolf und Kristina Reichert

Ansprechpartner in Regensburg

Dr. Gerhard Kleineidam, Von-Henle-
Ring 44 93161 Sinzing 0941 280 888-0
gerhard.kleineidam@inrecon.de

Der AEE steht im internet unter
www.ace-online.de. Dort finden sie
weitere Informationen.

Geschäftsführung:

Beate Rabenstein, Hermann-Löns-Str.
19, 90765 Fürth-Espan 0911-7807204
fax 7807383 f-b-rabenstein@gmx.de

Impressum:

Herausgeber:
Leitendes Team des AEE - ViSdP Dr.
H.G.Koch, Fürth
Druck: dct Coburg, Auflage 800

